

Arne Frankenstein, Behindertenbeauftragter des Landes Bremen

Mein Name ist Arne Frankenstein, ich bin Behindertenbeauftragter des Landes Bremen.

Ich möchte mich ebenfalls bedanken, dass die Arbeitnehmerkammer zusammen mit weiteren Kooperationspartnern dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Meines Erachtens muss es dabei zunächst um die Frage von übergeordneten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gehen.

Gleichzeitig spreche ich aus der Perspektive für eine gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen – immer in dem Bewusstsein, dass eine Rahmenbedingung nicht nur fördern, sondern im Gegenteil auch erschweren oder verhindern kann, dass Teilhabe an Arbeit und Gesellschaft gelingt – sobald sie auf ganz unterschiedliche, individuelle Benachteiligungen trifft.

Wir sollten also ein großes Augenmerk auf eben diese Vielschichtigkeit richten: vielschichtige konkrete Rahmenbedingungen einerseits und vielschichtige Benachteiligungsdimensionen andererseits.

In diesem Sinn will ich einige Gedanken und Aspekte mit Ihnen teilen.

Der Fachausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderung hat Deutschland letzten Herbst relativ scharf dafür kritisiert, dass Deutschland immer noch keine inklusive Gesellschaft ist und hat attestiert, dass wir relativ wenig weit gekommen sind bei der Umsetzung der Konventionen.

Wir haben es nicht geschafft Sonderstrukturen abzubauen, und wir sind keine inklusive Gesellschaft geworden. Das ist etwas, was man übergeordnet erstmal festhalten muss – weil dieses Manko dazu führt, dass Menschen aufgrund von Benachteiligung nicht so teilhaben können, wie es beabsichtigt ist.

In Bezug auf die Teilhabe am Arbeitsleben hat sich der Fachausschuss ausdrücklich besorgt gezeigt über den Mangel an zugänglichen und inklusiven Angeboten. Auch zur Berufsbildung sowie über einen Mangel an konkreten Maßnahmen, um

Benachteiligung und Segregation strukturell zu vermeiden. Deshalb meine ich, dass man perspektivisch übergeordnet noch viel verstärkter aktiv werden muss, als allein an den Voraussetzungen für Teilzeitberufsausbildung zu schrauben.

Sondern, dass wir an den Anfang stellen, wie man unter Beibehaltung der Kompetenzen von Sondersystemen – die wir immer noch haben – die Berufsausbildung in einer allgemeinen Struktur noch besser absichern und trotzdem die unterschiedlichen Bedarfe von Menschen mit Behinderung in ihrer Vielfalt berücksichtigen kann.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es viele unterschiedliche Menschen mit völlig verschiedenen Bedarfslagen sind: in Bezug auf behinderte Menschen sind es beispielsweise Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, psychischen Beeinträchtigungen, Menschen, deren Leistungsvermögen möglicherweise *teilweise* eingeschränkt ist. Wir müssen dahin kommen, dass sich die Rahmenbedingungen so verändern, dass alle Menschen eine Berufsausbildung machen können und ihnen der Zugang nicht verwehrt bleibt.

Natürlich müssen wir auch darüber sprechen, wie die rechtlichen Grundlagen sind. Wir können sicherlich nicht sofort von Bremen aus die Novelle des Berufsbildungsgesetzes vornehmen. Aber ich glaube das die Frage ist, ob zum Beispiel die Begrenzung der Kürzungszeit auf maximal 50% nicht auch dazu führt, dass ein bestimmter Personenkreis strukturell ausgeschlossen wird. Viele Konstellationen sind darüber hinaus denkbar, die zu einem Ausschluss führen können. Ich denke an Eltern mit Behinderung, Eltern mit Partnern mit Behinderung, Eltern mit Kindern mit Behinderung, alleinerziehende Eltern und noch viele andere, die ich jetzt gar nicht alle erwähnen kann. All diese Konstellationen haben ganz konkrete Bedarfe zur Folge.

Wir wissen aus der Forschung, dass es mehrdimensionale Benachteiligung gibt: Es gibt nicht nur die Kategorie Behinderung, sondern es gibt immer auch die Frage nach den individuellen weiteren Bedingungen.

Herr Ossmann hat z.B. Flucht angesprochen, Migration, Benachteiligung aufgrund des Geschlechts – all das müssen wir in der Angebotsstruktur mitberücksichtigen. Am Ende brauchen wir auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittene Lösungen. Ich halte es für wichtig, dieses Schematische, das doch oft Gegenstand der Betrachtung ist, zu überwinden, zugunsten von guten Lösungen im Einzelfall. Außerdem ist die Frage, was Bremen dazu beitragen kann – in Vollzug dieser bundesrechtlichen Regelung oder auch in Ergänzung dessen.

Was den Bekanntheitsgrad angeht, kann man sicherlich noch mehr tun, aber es geht auch darüber hinaus darum zu gucken, wie man diese Idee der individuellen Förderung unterstützen kann.

Herr Ossmann hat eben aus meiner Sicht richtigerweise gesagt, es gibt einen ganz großen Bedarf, Fachkräfte zu akquirieren. Aber gerade in Bezug auf behinderte Menschen sind erfahrungsgemäß die Vorbehalte sehr hoch: dass behinderte Menschen nicht leistungsfähig seien, dass sie häufig krank seien und dass man deshalb - wenn man sich ganz ehrlich macht – feststellt: vielleicht ist das auch ein Hemmnis bei der Frage, biete ich eine Ausbildung an oder eben nicht.

Ich glaube, dass man sich dessen bewusst sein muss im Kontext dieser schwierigen Situation der Suche nach Fachkräften, die überall fehlen.

Man muss darauf hinarbeiten, dass Firmen auch behinderte Menschen als Potenzial für den Arbeitsmarkt und für die Gesellschaft wahrnehmen.

Ich erlebe es häufig, wenn es konkret um die Kontakte für ein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis geht, dass es dann recht gut funktioniert: es ist ein Teil von Vielfalt, wie mit Menschen umgegangen wird. Von daher wäre das ein Plädoyer dafür, sich dem noch mehr als in der Vergangenheit zuzuwenden.

Ich freue mich, (auch wenn ich gleich nicht mehr dabei sein werde, weil ich zu einer anderen Veranstaltung muss) dass aus meiner Heimatstadt Lübeck die Struktur dargestellt wird, wie Teilzeitberufsausbildung öffentlich bekannter gemacht werden kann. So bin ich gespannt, ob das auch eine Idee für Bremen sein kann.

An einem Strang ziehen auch mit Industrie und Handwerk halte ich in diesem Zusammenhang für besonders wichtig.

Außerdem sehe ich, dass der Öffentliche Dienst auch eine hohe Verantwortung hat.

Wir haben eben schon gehört, der Öffentliche Dienst bietet schon mehr an als andere an.

Ich hoffe, dass am Ende ein konkretes Ergebnis herauskommt und damit hier in Bremen weitergearbeitet werden kann. Und deshalb ist es auch gut, dass Abgeordnete der Bürgerschaft den gesamten Tag dabei sind und auch am Ende auf der Podiumsdiskussion konkret die Ergebnisse zusammenbinden. Ich sehe das Potenzial, das mit dem Instrument Teilzeitberufsausbildung zusammenhängt.

Sicherlich wird man nicht alles machen und lösen können. Aber wir sollten es als Verbindungselement zu anderen Themen und Aufgaben sehen, die wir ebenfalls weiterbearbeiten müssen.

Vielen Dank!

Transkript: Susanne Achenbach